

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Gruppe der PDS — Drucksache 13/1609 —

Pflege von Soldatengräbern in Rußland durch Schulklassen

Immer wieder wird von Initiativen berichtet, deren Ziel es ist, Schulklassen „freiwillig“ zur Kriegsgräberpflege nach Rußland zu schicken. Zwei 10. Klassen des Tübinger Kepler-Gymnasiums beispielsweise sollen in diesem Sommer in die russische Partnerstadt Petrosavodsk reisen, um dort einen Friedhof instandzusetzen, auf dem Angehörige von NS-Verbänden, die in russische Kriegsgefangenschaft gerieten, begraben liegen. Sie sollen dort auch einen Platz für einen Gedenkstein roden. Um den Text des „Versöhnungsdenkmals“ ist offenbar ein Streit ausgebrochen. Ein Teil der Organisatoren hatte sich nach vielfacher Kritik bereit erklärt, einen antifaschistischen Text zu akzeptieren, was offensichtlich von dem Vertreter des „Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ abgelehnt wurde.

Dieser Bund war und ist auch in anderen osteuropäischen Staaten aktiv, z. B. in dem tschechischen Grenzstädtchen Cheb, wo 1933 die sudeten-deutsche Naziartei des Konrad Henlein gegründet wurde und heute die Untoten des Dritten Reiches aus der Erde gebuddelt werden, um mit ihnen Politik zu machen. (...) Die Leichen von 1700 Soldaten der Wehrmacht wurden in den letzten zwei Jahren „in nahezu kriminalistischer Kleinarbeit“ – so die Nachrichtenagentur ddp/ADN – vom Kasseler „Volksbund für Kriegsgräberfürsorge“ gesucht, exhumiert und anschließend in einer leeren Fabrikhalle in Cheb gelagert. Mit diesem Rohmaterial sollte in der Stadt ein großer deutscher Soldatenfriedhof errichtet werden. Der Cheber Bürgermeister verweigerte sich jedoch diesem Vorhaben, weil er in Anbetracht von 2000 Gräbern mit deutschen Soldatenkreuzen revanchistische „Wallfahrten aus dem nahen Bayern“ befürchte.

(Aus „Konkret“ 5/95)

Gemeinsam mit dem Kyffhäuserbund e. V., dem Ring Deutscher Soldaten, der Stiftung Deutscher Offizierbund, dem Verband Deutsches Afrika-Korps oder auch dem Waffenring Deutscher Pioniere u. a. hat der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. eine „Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes 1945“ veröffentlicht. In dieser heißt es unter anderem: „... Tragende moralische Werte waren von einer menschenverachtenden Ideologie mißbraucht worden und hatten auf lange Zeit ihre Verbindlichkeit eingebüßt.“ Dieser Satz zeigt eindrucksvoll, daß die Unterzeichner nach wie vor überzeugt sind von den „tragenden moralischen Werten“ der soldatischen Tugenden und militärischen Traditionen. Mit keinem Wort wird auf die eigene Verantwortung derjeni-

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Auswärtigen Amtes vom 13. Juli 1995 übermittelt.

Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

gen eingegangen, die an der „Spirale von Unmenschlichkeit, Gewalt und Zerstörung“ beteiligt waren und heute in verschiedenen Traditionsverbänden organisiert sind. Die Gleichsetzung von Opfern und Tätern findet sich in der Erklärung u. a. in dem Satz: „Für sehr viele Menschen begann jedoch erneut Verfolgung, Vertreibung, Gefangenschaft und endloses Leid.“ Hier sind natürlich die deutschen Vertriebenen und deutschen Gefangenen und deren endloses Leid gemeint und nicht das Leiden, das Nazi-Wehrmacht und SS-Schergen durch ihre Verbrechen den Menschen in West- und vor allem Osteuropa zugefügt haben.

Vorbemerkung

Die aufgrund von bilateralen völkerrechtlichen Vereinbarungen erfolgende Pflege von Kriegsgräbern trägt einen völkerverbindenden, versöhnenden Charakter. Die Grabstätten der Gefallenen halten die Erinnerung an das Vergangene wach und mahnen, den Frieden für die Zukunft zu sichern. Die Fürsorge für die deutschen Kriegsgräber im Ausland ist Aufgabe der Bundesregierung, die mit der praktischen Durchführung den Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V. betraut hat. Der Volksbund leistet mit dieser Arbeit wertvolle Dienste im Sinne der Völkerverständigung und der Arbeit für den Frieden. Seine Tätigkeit wird von der Bundesregierung gefördert. Versuche, den Volksbund in die Nähe rechtsextremer oder revanchistischer Vereinigungen und Organisationen zu rücken, weist die Bundesregierung ausdrücklich zurück. Die Bundesregierung nimmt auf die Ausgestaltung der deutschen Kriegsgräberstätten im Ausland im einzelnen keinen Einfluß, ist sich aber mit dem Volksbund einig, daß die Arbeiten im Einvernehmen mit der jeweiligen ausländischen Regierung und den örtlichen Stellen erfolgen.

Eine in der Anfrage zum Ausdruck kommende Politisierung der Kriegsgräberfürsorge läuft ihrem humanitären Zweck zuwider und wird daher von der Bundesregierung strikt abgelehnt.

1. Ist der Bundesregierung diese Initiative oder sind ihr ähnliche Vorhaben der letzten fünf Jahre bekannt, in denen auch der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V.“ involviert ist/war?
 - a) Wenn ja, um welche konkreten Projekte hat es sich gehandelt bzw. handelt es sich?
 - b) In welcher Höhe hat die Bundesregierung das jeweilige Projekt aus Bundesmitteln finanziert bzw. teilfinanziert?

Die in der Anfrage genannte Initiative war der Bundesregierung nicht bekannt.

- a) Nach Auskunft des Volksbundes war dieser in den letzten fünf Jahren an der Organisation von etwa 60 bis 80 Jugendlagern jährlich unter dem Motto „Versöhnung über den Gräbern, Arbeit für den Frieden“ in Ost- und Westeuropa beteiligt.
- b) Der Volksbund erhält aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) jährlich eine Globalmittelzuwendung im Rahmen der Förderung der Arbeit von Jugendgemeinschaftsdiensten in Höhe von 200 000 DM zur Durchführung von internationalen Workcamps. Im Durchschnitt werden damit etwa 50 Maßnahmen mit ca. 1 500 Teilnehmern gefördert.

2. Weiß die Bundesregierung, auf welche Weise Schüler und Schülerinnen auf ein derartiges Unternehmen vorbereitet werden?
 - a) Stellt die Bundesregierung Unterrichts- bzw. Informationsmaterial für derartige Zwecke im Rahmen der politischen Bildung zur Verfügung?
 - b) Gibt sie Empfehlungen oder Literaturhinweise als Orientierungshilfe?Wenn ja, um welches Material handelt es sich im einzelnen?

Die Teilnehmer an Jugendlagern des Volksbundes werden nach dessen Auskunft mit dem an deutschen Schulen üblichen Lehrmaterial der Fächer Geschichte, Geographie und Sprachen auf ihren Auslandsaufenthalt vorbereitet.

3. Sind der Bundesregierung die Aktivitäten des Volksbundes im Falle des tschechischen Städtchens Cheb bekannt, und hat sie dieses Projekt direkt oder indirekt materiell und/oder ideell unterstützt (über den Bund der Vertriebenen, Sudetendeutsche Landsmannschaft o. ä.)?

Der Bundesregierung ist bekannt, daß der Volksbund im Rahmen seiner Aufgabenstellung für zuvor im westlichen Teil der Tschechischen Republik verstreut bestattete deutsche Kriegstote ein Gräberfeld als Sammelfriedhof errichtet hat. Als Ort hatte er zunächst Eger (Cheb) vorgesehen. Da die Stadt Eger für die Einrichtung von Parkplätzen und einer direkten Zufahrt Auflagen machte, die nicht den Vorstellungen des Volksbundes entsprachen, hat dieser die Sammelbestattung auf dem Friedhof einer anderen tschechischen Stadt durchgeführt.

4. Wie bewertet die Bundesregierung diese Aktivitäten gerade im Hinblick auf das sensible deutsch-tschechische Verhältnis und der vertraglichen Vereinbarungen?

Grundlage der Arbeit des Volksbundes in der Tschechischen Republik ist – außer den Normen des humanitären Völkerrechts über Kriegstote – der Vertrag vom 27. Februar 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Tschechischen und Slowakischen Republik über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit, dessen Artikel 30 Achtung, Schutz, Erfassung und Pflege der Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft zum Gegenstand hat und vorsieht, daß die Vertragsparteien die Zusammenarbeit der Organisationen, die für die Pflege dieser Gräber zuständig sind, unterstützen.

5. Wie sieht die Bundesregierung diesen Fall vor allem im Zusammenhang damit, daß bisher Tschechen, die in Nazi-KZs und Arbeitslagern leiden mußten, bis heute keine Entschädigung erhalten haben?

Ein Zusammenhang zwischen der Frage einer humanitären Geste für die tschechischen NS-Opfer und der Anlage eines Gräberfeldes in der Tschechischen Republik besteht nicht. Bundesminister

Dr. Klaus Kinkel hat in der Regierungserklärung zu den deutsch-tschechischen Beziehungen im Deutschen Bundestag am 17. März 1995 ausgeführt, daß wir den in der Tschechischen Republik lebenden Opfern schweren nationalsozialistischen Unrechts, das von Deutschen begangen wurde, Gerechtigkeit und Genugtuung schulden.

6. Erhält der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ finanzielle Mittel aus dem Bundeshaushalt?
 - a) Existiert eine institutionelle Unterstützung?
Wenn ja, in welcher Höhe?
 - b) Gibt es eine projektbezogene Mittelvergabe?
Wenn ja, bitte auflisten, welche Projekte in welcher Höhe finanziell gefördert wurden (seit 1990).

Ja.

a) Nein.

- b) Der Volksbund hat während des erfragten Zeitraums im Jahre 1994 eine Zuwendung aus dem Bundeshaushalt in Höhe von 3 150 000 DM für Umbettungen deutscher Kriegstoter in den Nachfolgestaaten der Sowjetunion und in den mittel- und osteuropäischen Staaten erhalten. Die geförderten Projekte liegen in Rußland, der Ukraine, den Baltischen Staaten, Polen, Ungarn sowie in der Tschechischen und in der Slowakischen Republik. Zur Mittelvergabe aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes wird auf die Antwort zu Frage 1 verwiesen.

7. Hält die Bundesregierung, vor allem vor dem Hintergrund der Ausstellung des „Instituts für Sozialforschung“ in Hamburg über die Beteiligung der Nazi-Wehrmacht am Vernichtungsfeldzug gerade auch in Rußland, die Gräberpflege von möglichen deutschen Kriegsverbrechern durch Schulklassen für einen sinnvollen Beitrag zur Völkerverständigung und Aussöhnung?

Nach Auffassung der Bundesregierung kann es ein sinnvoller Beitrag zur Völkerverständigung sein, wenn deutsche Jugendliche dabei helfen, im Ausland Gräber von Opfern von Krieg und Gewaltherrschaft zu pflegen.

8. Sieht die Bundesregierung durch einen solchen „Gräbertourismus“ nicht auch die Gefahr, daß die Gräberpflege von ehemaligen Mitgliedern von NS-Organisationen und/oder jetzigen Angehörigen von Vertriebenen- und Traditionsverbänden zur Relativierung der Naziverbrechen und Gleichsetzung von Opfern und Tätern benutzt wird?

Die Bundesregierung weist die in dem Begriff des „Gräbertourismus“ enthaltene Herabwürdigung der Tätigkeit des Volksbundes entschieden zurück. Die im Auftrag der Bundesregierung vom Volksbund durchgeführte Gestaltung und Pflege deutscher Kriegsgräberstätten im Ausland haben nichts mit einer Relativierung von Naziverbrechen und der Gleichsetzung von Opfern und

Tätern zu tun. Kriegsgräberfürsorge dient dem Gedenken an die Millionen Toten der Kriege und der Gewaltherrschaft und soll zugleich das Bewußtsein dafür wachhalten, daß die Toten zu Verständigung und Frieden mahnen.

9. In welchen osteuropäischen Staaten ist der „Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge“ nach Kenntnis der Bundesregierung aktiv?

Der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge ist in folgenden Staaten der Region tätig: Albanien, Armenien, Aserbeidschan, Bulgarien, Estland, Georgien, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Litauen, Moldawien, Polen, Rumänien, Slowakei, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn, Usbekistan und Weißrußland.

10. Ist der Bundesregierung die gemeinsame „Erklärung zum 50. Jahrestag des Kriegsendes 1945“ von Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge e.V., Kyffhäuserbund, Arbeitsgemeinschaft Reservisten-Soldaten-Traditionsverbände, Verband Deutsches Afriakorps, Waffenring Deutscher Pioniere u. a. bekannt?
- a) Ist der Bundesregierung zudem bekannt, daß diese Anzeige u. a. in der Zeitschrift des Deutschen Bundeswehr-Verbandes, „Die Bundeswehr“, Ausgabe 5/95 erschien?
- b) Wenn ja, wie bewertet sie den Text der Erklärung bzw. der Anzeige?

Ja.

a) Ja.

b) Es ist nicht Sache der Bundesregierung, Erklärungen des Volksbundes zu kommentieren.

11. Ist der Bundesregierung bekannt, daß auch die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ die Gräber gefallener deutscher Soldaten in osteuropäischen Ländern pflegt, und wenn ja, was weiß die Bundesregierung über dieses Engagement?

Nach Auskunft des Volksbundes nimmt die „Junge Landsmannschaft Ostpreußen“ an Jugendlagern des Volksbundes teil.

12. Welche weiteren rechtsextremen Organisationen betreiben die Pflege gefallener deutscher Soldaten?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse darüber vor, daß rechtsextremistische Organisationen sich an der Fürsorge für deutsche Kriegsgräber beteiligen.

